



20.090

Organspende fördern – Leben retten.

Volksinitiative.

Transplantationsgesetz.

Änderung

Pour sauver des vies en favorisant le don d'organes.

Initiative populaire.

Loi sur la transplantation.

Modification

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.05.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.05.21 (FORTSETZUNG - SUITE)

1. Bundesgesetz über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen

1. Loi fédérale sur la transplantation d'organes, de tissus et de cellules

Block 2 – Bloc 2

*Organ- und Gewebespenderegister, Zuteilungskriterien für Organspende, Information der Öffentlichkeit
Registre des déclarations relatives au don d'organes et de tissus, critères pour l'attribution des organes, information du public*

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Frau Amaudruz spricht zu ihren Minderheitsanträgen sowie für die Fraktion.

Amaudruz Céline (V, GE): Comme j'avais annoncé que je ne persisterais pas dans cette voie si ma proposition de minorité relative au consentement par déclaration venait à être rejetée – les autres minorités n'ayant plus aucun sens –, je renonce à présenter ces propositions de minorité et je les retire.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Anträge der Minderheit Amaudruz zu Block 2 sind somit zurückgezogen worden.

Herr Dobler vertritt die Minderheit Nantermod. Er spricht auch für die FDP-Liberale Fraktion.

Dobler Marcel (RL, SG): Ich werde mich jetzt im Namen der FDP-Liberalen Fraktion zu Block 2 äussern und die zwei Anträge der Minderheit Nantermod begründen; nachher werde ich nicht mehr sprechen.

Bei Block 2 geht es um das Organ- und Gewebespenderegister. Es geht um die Zuteilungskriterien für die Organspende und die Information der Öffentlichkeit.

Bei Artikel 10a Absatz 1 geht es um die Frage, ob der Bund die Führung des Organ- und Gewebespenderegisters delegieren kann oder es selbst anbieten und umsetzen muss. Wir bitten Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen und die Version mit der Formulierung "nationale Zuteilungsstelle" zu wählen. Es macht aus unserer Sicht Sinn, auf bestehende Register zurückzugreifen bzw. die Möglichkeit zu schaffen, keine reine Bundeskompetenz zu haben.

Bei Artikel 10a Absatz 3 bitten wir Sie ebenfalls, der Kommissionsmehrheit zu folgen. Nachdem das E-ID-Gesetz abgelehnt worden ist, bleibt die AHV-Nummer der einzige eindeutige Personenidentifikator für Bürgerinnen und Bürger der Schweiz. Es macht hier keinen Sinn, mit der Möglichkeit zur Hinterlegung verschiedenster Ausweisdokumente eine unnötige Komplexität zu schaffen.



Bei den Änderungen des Transplantationsgesetzes und bei der Organspende-Initiative geht es darum, die Zahl der Organspender zu erhöhen. Wenn der Aufwand verhältnismässig ist, sollen Massnahmen ergriffen werden, um die Organspenden zu fördern. Die FDP-Liberale Fraktion sieht in den Minderheitsanträgen zu Artikel 10a Absätze 6 und 7 wichtige und richtige Massnahmen.

Die Minderheit Nantermod fordert bei Absatz 6, dass die Bürgerinnen und Bürger beim Kontakt mit Behörden aktiv auf die Organspende aufmerksam gemacht werden. Dies stellt eine effiziente und zielführende Möglichkeit dar, die Bürgerinnen und Bürger zu informieren und damit direkt Leben zu retten. Mit dieser Massnahme helfen Sie aktiv mit, die Kosten der Informationskampagne zu reduzieren und die Anzahl Organspender zu erhöhen.

Bei Absatz 7 will die Minderheit Nantermod, dass der Wille zu einer Organspende auf der Versichertenkarte oder der Identitätskarte vermerkt werden kann. In der Praxis ist zentral, dass der persönliche Wille auch herausgefunden werden kann. Damit dem Rechnung getragen wird, bitten wir Sie, diese beiden Minderheitsanträge zu unterstützen.

Die übrigen Minderheitsanträge wurden bereits zurückgezogen; sie gründeten auf dem Erklärungsmodell.

Die FDP-Liberale Fraktion wird in der Gesamtabstimmung aus Überzeugung der erweiterten Zustimmungslösung zustimmen. Die vorliegende Gesetzesanpassung hilft, Leben zu retten, und wahrt den persönlichen Willen der Bürgerinnen und Bürger. Ich freue mich, dass die Initianten nach der Annahme dieser Gesetzesanpassung die Volksinitiative wie angekündigt zurückziehen werden.

Herzog Verena (V, TG): In der Schweiz versterben zu viele Menschen, die für das Weiterleben dringend ein Organ benötigt hätten. Dabei wäre nach Umfragen ein grösserer Teil der Bevölkerung grundsätzlich bereit, Organe zu spenden. Es besteht Handlungsbedarf. Anstatt mit der Widerspruchslösung, einem ethisch äusserst fragwürdigen Automatismus, wie er mit der Volksinitiative "Organspende fördern – Leben retten" gefordert wird, will ich mit meiner Minderheit mit Anreizen, mit einem Belohnungssystem, mit einer Art Vorsorgesystem, zusätzliche Menschen motivieren, einen Organspendeausweis zu erstellen respektive mit einem Eintrag ins Organspenderegister die Bereitschaft zu bekunden, zum gegebenen Zeitpunkt ihre zuvor bestimmten Organe zu spenden.

Ein starker Anreiz, ja eine eigentliche Win-win-Situation, könnte durch das sogenannte Reziprozitätsprinzip geschaffen werden. Durch dieses sollen Personen, die ihre Bereitschaft zur Organspende schriftlich bekundet haben, bei selbst benötigter Organzuteilung bevorzugt behandelt werden. Aber dabei handelt es sich nicht um eine absolute Priorität. Denn mit meinem Minderheitsantrag möchte ich die massgeblichen Kriterien für die Zuteilung von Organen in Artikel 18 Absatz 1 um einen vierten Buchstaben erweitern.

Bisher sind nach Buchstabe a die medizinische Dringlichkeit einer Transplantation, nach Buchstabe b der medizinische Nutzen einer Transplantation und nach Buchstabe c die Wartezeit entscheidend, ob und wann jemand ein Organ erhält. Um die Bevölkerung zur Organspende zu motivieren, möchte ich als weiteren Punkt in Buchstabe d die festgehaltene Bereitschaft zur Organspende aufnehmen. Die medizinische Dringlichkeit, der medizinische Nutzen und die Wartezeit auf eine Transplantation sollen also weiterhin vorrangig sein. Das Datum des Eintrages in das Spenderegister muss bei der Bewertung des Profils der Person, die das Organ benötigt,

AB 2021 N 869 / BO 2021 N 869

ebenso berücksichtigt werden. Damit sollen kurzfristige eigennützige Eintragungen vermieden werden.

Durch dieses sogenannte Reziprozitätsprinzip ergibt sich eine Win-win-Situation. Die Idee stammt übrigens nicht von mir, sondern von Professor Blankart. Er hat das in verschiedenen Medien schon 2016 vorgebracht. Es muss das Ziel sein, selbst einen Beitrag zu leisten, um die mangelnde Spendebereitschaft zu überwinden. Es wäre eine Art freiwillige Versicherung auf Gegenseitigkeit.

Heute ist es so, dass jeder das Recht in Anspruch nehmen will, von einer Organspende zu profitieren, ohne selbst einen Beitrag zu leisten. Man könnte sie als Trittbrettfahrer bezeichnen. Es sind nämlich jene, die selber nicht spenden wollen respektive nicht einmal bereit sind, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Wenn sie aber selber betroffen sind, möchten sie selbstverständlich eine Organspende in Anspruch nehmen.

Ich bin überzeugt: Mit dem Reziprozitätsprinzip würde gerade in der heutigen Zeit, wo Individualismus und Selbstbestimmung einen so hohen Stellenwert haben, die Motivation, einen Organspendeausweis erstellen zu lassen respektive einen Eintrag im Organspenderegister vorzunehmen, markant zunehmen. Dadurch könnten entsprechend mehr Leben gerettet werden.

Mit Blick auf mehr Selbstbestimmung und auf die Personen, die dringend auf ein Organ angewiesen sind, bitte ich Sie, meiner Minderheit zuzustimmen.



Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die SVP-Fraktion verzichtet auf ein Votum.

Feri Yvonne (S, AG): Ich kann es vorwegnehmen: In diesem Block lehnt die SP-Fraktion alle Minderheitsanträge ab. Es sind noch deren drei, zu welchen ich mich kurz äussere.

Zum Minderheitsantrag Amaudruz zu Artikel 10a: Bis heute hat es sich bewährt, im Gesundheitswesen als Personenidentifikator die Versichertennummer nach Artikel 50c des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung zu verwenden. Wir sehen nicht ein, warum gemäss dieser Minderheit eine Änderung notwendig sein soll. Wir brauchen keine neuen Lösungen mehr, das würde alles nur verkomplizieren und wäre mit neuen datenschutzrechtlichen und anderen Problemen verbunden. Bitte lehnen Sie diesen Minderheitsantrag ab.

Zu Artikel 10a Absatz 7 und zum Minderheitsantrag Nantermod, der wie folgt lautet: "Der Bundesrat kann vorsehen, dass der Widerspruch auf einem bestehenden physischen Träger wie der Identitätskarte oder der Versichertenkarte vermerkt wird." Diesen Minderheitsantrag lehnen wir ebenfalls ab. Dies tun wir insbesondere deshalb, da in einem Fall der Organentnahme nicht sichergestellt ist, dass der behandelnde Arzt oder die behandelnde Ärztin fähig wäre, die Karte über ein System zu lesen. Ebenso gibt es auch hier offene Fragen bezüglich des Datenschutzes – das ist uns zu heikel.

Jetzt noch zum eben erläuterten Antrag der Minderheit Herzog Verena: Wir haben es gehört, heute liegt die Ablehnungsrate für eine Organspende, wenn keine Willensäusserung vorliegt, bei rund 60 Prozent. Hingegen lehnt niemand den Empfang eines Organs ab. Auch jene, die ethische Bedenken in Bezug auf die Organspende haben, haben bestimmt kein Problem damit, eine Spende entgegenzunehmen, wenn es um sie selber oder um einen nahen Angehörigen geht. Es wurde bisher nie gefragt, ob jemand auch bereit sei, Organe zu spenden, bevor er oder sie ein Organ erhalten würde. Mit dem vorliegenden Antrag der Minderheit Herzog Verena würde der Eindruck entstehen, man wolle die Patientinnen und Patienten bestrafen, die nicht bereit sind, ihre Organe zu spenden. Wir lehnen deshalb auch diesen Minderheitsantrag ab.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Les principales questions ayant été débattues dans le bloc 1 et étant donné que des minorités ont été retirées, il est plus aisé et rapide de se déterminer sur ce bloc 2. Le groupe du centre y soutiendra toutes les propositions de la majorité de la commission.

La question du registre national, malgré le retrait de la minorité Amaudruz, mérite un petit détour. Il s'agit d'aborder cette question avec efficacité et pragmatisme. Swisstransplant a déjà développé un registre et on perdrait en efficience si le Conseil fédéral devait lui-même se charger de cette tâche. De plus, dans la pratique, quand un donneur potentiel est identifié dans une unité de soins intensifs, les praticiens prennent directement contact avec Swisstransplant pour activer la liste des receveurs. Nous soutiendrons donc la proposition de la majorité.

En ce qui concerne l'identification des personnes, là aussi nous visons l'efficience et la simplification. Je ne reviendrai pas sur la minorité Amaudruz, qui a été retirée. Par contre, dans le même ordre d'idée, nous nous opposerons aux minorités Nantermod. En effet, il s'agit de prévoir une campagne d'information ciblée, convaincante et régulière auprès des citoyens pour les inciter à s'inscrire dans le registre, mais non pas de susciter une lassitude, voire des réactions de rejet de ce qui pourrait être considéré comme de l'insistance en cas de pléthore de rappels et d'atteinte aux libertés individuelles. De plus, la proposition entraînerait de lourdes et coûteuses adaptations de la part des administrations publiques et des assurances sociales.

Quant à l'idée d'inscrire dans la loi l'utilisation d'un support physique pour inscrire les déclarations, elle est bonne en soi, mais prématurée, dans la mesure où des analyses poussées sur les conséquences financières, administratives et de protection des données sont nécessaires. Le rejet du projet de loi fédérale sur les services d'identification électronique est à ce titre significatif. M. Nantermod devrait patienter et attendre le traitement en deuxième phase de son initiative parlementaire 18.443, "Renforcer le don d'organes grâce à la carte d'assuré". Quant à la minorité Herzog Verena, elle pose un problème bien plus délicat et d'ordre éthique. En effet, s'il est cohérent de penser que les personnes souhaitant avoir accès au don d'organes devraient aussi être disposées à ce que leurs organes soient prélevés, l'on sort, avec cette disposition, du champ des critères médicaux. Les médecins s'y opposeraient au motif que leur rôle, leur engagement et leur éthique les conduisent à tout faire pour aider les personnes qui ont besoin urgemment de soins. On pourrait en effet imaginer qu'avec cette formulation, certaines personnes se sentiraient contraintes à donner leur consentement. De plus, imaginez la situation d'une famille à qui on devrait annoncer qu'un proche sur le point de devoir recevoir un organe vital est mis en fin de liste d'attente parce qu'il n'a précédemment pas pu ou pas voulu s'inscrire. Cela n'est pas envisageable d'un point de vue éthique.

En conclusion, le groupe du centre vous recommande, dans ce bloc 2, de soutenir toutes les propositions de



la majorité, en considérant que ces dispositions sont simples à communiquer et à mettre en oeuvre, et cela en vue d'une meilleure acceptation du projet par la population.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Kurz zusammengefasst: Die grüne Fraktion geht einmal mit der Minderheit und schliesst sich sonst den Mehrheitsanträgen an.

Bei Artikel 10a Absatz 1 sind wir sehr einverstanden mit der nationalen Zuteilungsstelle, welche bereits ein Register führt über diejenigen Patienten und Patientinnen, die auf ein Organ warten. Es macht sehr viel Sinn, auch gleich dort die Zustimmung bzw. den Widerspruch der Menschen anzuhängen. Wir bitten Sie, hier die Kommissionsmehrheit zu unterstützen. Wenn ich das richtig verstanden habe, sind die Minderheitsanträge Amaudruz zurückgezogen.

Dann komme ich zu Artikel 10a Absatz 6: Hier sind wir Grünen bei der Minderheit. Das ist der einzige Minderheitsantrag, für den wir mitkämpfen und von dem wir hoffen, dass er eine Mehrheit finden wird. Auch wir finden es sehr wichtig, dass aktiv informiert wird. Es ist aber nicht das Thema, das uns am nächsten liegt und das wir gerade am liebsten bearbeiten möchten. Es macht deshalb sehr viel Sinn, an Orten, wo dies auch staatlich möglich ist, die Menschen darauf aufmerksam zu machen, ihren Willen abzulegen, ob sie Organe spenden

AB 2021 N 870 / BO 2021 N 870

wollen oder nicht. Hier bitten wir Sie, dem Minderheitsantrag Nantermod zuzustimmen.

Bei Artikel 10a Absatz 7 sind wir allerdings bei der Mehrheit. Ich möchte bitte nicht auf meinem Pass oder meiner Identitätskarte – einen Führerinnenausweis habe ich nicht – öffentlich erklärt sehen, ob ich auch noch Organe spende oder nicht. Das ist für viele Menschen ein zu intimes Thema, also bitte lassen Sie uns das auch entsprechend behandeln.

Dann noch zu Artikel 18 Absatz 1: Hier sind wir mit den vorgeschlagenen Kriterien des Bundesrates sehr einverstanden. Selbstverständlich ist die Dringlichkeit das absolut zentrale Kriterium, und natürlich sind auch der sogenannte medizinische Nutzen sowie die Wartezeit wichtig. Gar kein Verständnis haben wir aber für die Verpflichtung, wonach man Organe spenden muss, um ein Anrecht darauf zu haben, auch ein Organ zu bekommen. Das erachten wir auch gar nicht als eine Win-win-Situation. Auch wenn die Bereitschaft zur Organspende erst als vierte Priorität aufgeführt ist, lehnen wir dieses Kriterium trotzdem ab. Wir haben nicht zwei Kategorien von Menschen. In der Not sollen nicht manche Menschen wichtiger sein als andere. Wir wollen hier eine Gleichbehandlung. Wir wollen auch keinen indirekten Spendezwang einführen. Das wäre es faktisch, weil man ja nicht riskieren will, dass man dann kein Organ bekommt. Es ist und bleibt eine ethische Frage. Wir müssen das Recht haben, sowohl Ja als eben auch Nein zur Spende sagen zu können.

Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu.

Mäder Jörg (GL, ZH): Den Minderheitsantrag Nantermod, wonach bei Behördengängen institutionalisiert regelmässig die entsprechende Frage gestellt wird, lehnen wir ab. Es ist wichtig – ich habe das schon im ersten Block gesagt –, dass das Thema oft angesprochen wird. Es ist aber ebenso wichtig, dass das mit Fingerspitzengefühl und nicht aus einer Routinehandlung heraus geschieht. Ich glaube, Letzteres wäre in diesem ethischen Terrain eigentlich kontraproduktiv. Wie gesagt, der Bundesrat soll solche Kampagnen fahren. Auch die Gemeinden und Kantone sowie andere Behörden und Institutionen sollen dies tun. Aber eine gesetzliche Verpflichtung in dieser Art und Weise lehnen wir ab.

Das Anliegen des zweiten Minderheitsantrages Nantermod, der verlangt, den diesbezüglichen Willen auf dem Führerausweis, auf der Krankenkassenkarte usw. zu vermerken, sehen wir auch nicht. Das ist unter Umständen dann an Orten vermerkt, wo es thematisch nicht hingehört. Es kommen also Leute mit diesen Daten in Kontakt, die inhaltlich mit diesen gar nichts zu tun haben. Unter Umständen sind es solche der Krankenversicherung, und dies ist auch im Fall des Fahrausweises und anderer Karten so. Das ist nicht sinnvoll. Ist es dann auch wirklich sauber vermerkt? Ist es witterungsbeständig vermerkt? Was ist, wenn es plötzlich Widersprüche gibt, weil jemand vergessen hat, dass es auf dem Fahrausweis vermerkt ist und im Organspenderegister etwas anderes verzeichnet ist?

Unser Hauptfokus sollte ganz klar darauf gelegt werden, dass die Leute sich im Register eintragen. Dort tun sie das mit ihrem Namen. Wenn sich irgendeinmal ein Fahrausweis bei einem Unfallopfer befindet, kann man ja dann über diesen Namen auf das Register zugreifen. An den grossen Gewinn, auf diese Weise an mehr Namen oder an mehr Willensäusserungen zu kommen, glaube ich jetzt wirklich nicht. Auf all diesen Karten ist auch der Name vermerkt. Damit kann man die Personen sehr schnell und gut zurückverfolgen. Es handelt sich also um eine Verkomplizierung ohne echten Nutzen.

Ich komme zum dritten von ursprünglich sechs Minderheitsanträgen, zum Antrag Herzog Verena bezüglich der



Ergänzung der Zuteilungskriterien. Es ist immerhin gut, dass Nationalrätin Herzog sagt, es sei ganz klar das vierte Kriterium. Es würde nur dann zum Zuge kommen, wenn alle drei Kriterien davor absolut gleichwertig wären und es dann zwei verschiedene Patienten hätte, nämlich den einen mit Spendebereitschaft und den anderen ohne eine solche. Ich glaube, dieser Fall ist nun wirklich sehr selten. Da jetzt spieltheoretisch zu sagen, es gebe einen Anreiz für die Leute, ihre Spendebereitschaft registrieren zu lassen, möchte ich generell definitiv nicht tun. Ich möchte das schon gar nicht mit diesem Gesetzesartikel vermischen. Dieser fokussiert auf die medizinischen Aspekte und auf nichts anderes.

Ich muss schon sagen: In der Eintretensdebatte und in den Voten zur Volksinitiative selber wurde, wie von mir bereits prophezeit, sehr oft die Moral und die Ethik bis zum Gehtnichtmehr aufgeblasen. Jetzt kommt hier so ein extrem materialistischer, spieltheoretischer Ansatz. Na ja, ich bin gespannt, wer dann wirklich beide Male hier diese meiner Meinung nach widersprüchliche Position hat. Ich habe, wie gesagt, wahrscheinlich einen etwas materialistischeren Ansatz zu meinem Körper als manch anderer hier im Saal. Aber möchte ich ihn gerade so als Jeton in einem Spiel, einem Roulette einsetzen? Nein danke! Denn das ist ein auf die Lebenden angewandter spieltheoretischer Ansatz. Bei mir bezieht sich der materialistische Ansatz zum Körper auf den Zeitpunkt, in dem die Personen tot sind.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, alle drei Minderheitsanträge abzulehnen. Insgesamt aber, das als Schlussbemerkung, ist es ein gutes Gesetz, es ist ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen. Ich hoffe, dass es mit diesem Gesetz ein gutes Ende nimmt. Danke für Ihre Zustimmung.

Berset Alain, conseiller fédéral: J'aimerais vous inviter, au nom du Conseil fédéral, dans ce bloc 2 à suivre la commission. Elle a relativement peu modifié le projet du Conseil fédéral pour ce qui concerne le registre national des déclarations, le transfert, la tenue du registre, l'information à la population. Il nous semble que, sur ces points, vous pouvez suivre votre commission.

Je voudrais prendre position sur les propositions de la minorité Nantermod aux alinéas 6 et 7 de l'article 10a. Elles visent les deux la même chose, à savoir que chaque citoyen soit régulièrement invité à faire part de ses instructions, par exemple à l'occasion du renouvellement d'un document officiel. Ainsi, chacune et chacun d'entre nous serait confronté à la question du don d'organes. Pour revenir sur la question du modèle de déclaration – même si elle est sans obligation –, il nous semble que les points critiques que nous avons mentionnés ce matin valent toujours.

L'enregistrement sur un support physique existant des déclarations concernant le refus nous paraît causer des difficultés, dans la mesure où il n'y a pas de système centralisé pour stocker ces informations. Il serait donc relativement difficile de savoir où une déclaration de refus a bien pu être consignée. Il faudrait se documenter. Il nous semble aussi que, pour des raisons de protection des données, ce ne serait pas forcément une bonne chose que les assureurs ou les autorités qui délivrent la carte d'identité aient accès à la volonté concernant le don d'organes. Ce sont les raisons pour lesquelles nous nous opposons à ces modifications, comme votre commission d'ailleurs.

Le dernier point – la minorité Herzog Verena – concerne le principe de réciprocité. C'est une question intéressante sur le plan éthique, mais ce principe nous paraît extrêmement difficile à appliquer. D'abord, il faut être bien au clair à ce sujet, cela ne correspond pas à l'éthique médicale, en tout cas pas comme nous la comprenons: un médecin fera tout pour aider et sauver son patient; il ne se posera pas la question de savoir comment ce patient s'est exprimé auparavant sur la question du don d'organes. Il nous semble également que les problèmes pratiques sont extrêmement importants. La question de savoir combien de temps il faudrait avoir été inscrit comme donneur pour avoir accès – ou pas – à un don d'organes si une maladie se déclare nous paraît être une discussion intéressante. C'est bien que l'on en ait parlé.

Au nom du Conseil fédéral, j'aimerais toutefois vous inviter ici à renoncer à cette modification et – pour le résumer encore une fois – à soutenir, pour l'intégralité de ce bloc 2, les propositions de la majorité de votre commission.

Wasserfallen Flavia (S, BE), für die Kommission: Hier in Block 2 beraten wir in Artikel 10a doch eine entscheidende Neuerung im Gesetz, und zwar die Einführung des Organ- und Gewebespenderegisters. Weil es hier auch eine

AB 2021 N 871 / BO 2021 N 871

Differenz zwischen der bundesrätlichen und der Kommissionsversion gibt, möchte ich zwei, drei Worte sagen. Aus der Botschaft des Bundesrates geht klar hervor, dass er die Führung eines sogenannten Organ- und Gewebespenderegisters an Dritte übertragen möchte. Dazu hat er vorgesehen, die Aufgabe nach Subventionsgesetz auszuschreiben und dem besten Anbieter zu übertragen. Nun haben wir mit Swisstransplant bereits



heute eine sogenannte nationale Zuteilungsstelle, deren Aufgaben in Artikel 19 des Transplantationsgesetzes festgehalten sind. Swisstransplant führt das aktuelle Register. Der Mehrheit der Kommission war somit auch klar, dass Swisstransplant für die Führung dieses Registers prädestiniert ist. Es ist klar, dass hier jetzt aufgrund der gesetzlichen Grundlagen Anpassungen notwendig sind. Dieses Register muss die gesetzlichen Vorgaben erfüllen. Aber wir haben mit den Änderungen in Artikel 10a – und auch in Artikel 54 weiter hinten – sichergestellt, dass diese Zuteilung an die nationale Zuteilungsstelle erfolgt; so viel vielleicht zu diesen Änderungen zum Register.

Dann noch zu den Minderheitsanträgen Nantermod: Kollege Nantermod möchte in Artikel 10a Absatz 6 die Möglichkeit einführen, dass wir bei der Erledigung von administrativen Aufgaben wie der Erneuerung der ID regelmässig darauf hingewiesen werden, dass wir unseren Willen zur Organspende festhalten sollen. Der Mehrheit der Kommission war diese Erweiterung der Kontaktpunkte zu heikel. Damit würden Personen, die nicht unbedingt Fachpersonen im Gebiet der Organspende sind, plötzlich damit konfrontiert, solche auch heikle persönliche Fragen zu stellen. Wir müssen sehen, dass das vielleicht nicht der richtige Ort ist, um das Thema der Organtransplantation aufzunehmen und die Menschen damit zu konfrontieren.

Der Antrag Nantermod wurde mit 11 zu 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Die Umsetzungsprobleme habe ich angesprochen. Es ist auch nicht wünschbar, dass dann plötzlich ein Widerspruch entsteht, weil die Willenserklärung nicht auf allen Trägern zum gleichen Resultat führt. Das erschwert und verkompliziert dann in dieser schwierigen Zeit der Willensabklärung die ganze Abklärungsarbeit im Spital.

Auch der Antrag zu Artikel 10a Absatz 7, wonach die Willensäusserung physisch festgehalten werden soll, wurde abgelehnt, und zwar mit 11 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Dann möchte ich mich zuletzt noch zum Minderheitsantrag Herzog Verena zu Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe d äussern. Dort geht es um die Kriterien für die Zuteilung der Spenderorgane. Mit ihrem Antrag möchte die Minderheit Herzog Verena dort einen Punkt ergänzen. Bisher sind für die Zuteilung der Organe folgende Kriterien entscheidend: die medizinische Dringlichkeit, der medizinische Nutzen und die Zeit auf der Warteliste für eine Organspende. Um die Bevölkerung zur Organspende zu motivieren, möchte die Minderheit Herzog Verena als weiteren Punkt in Buchstabe d "die festgehaltene Bereitschaft zur Organspende" aufnehmen. Das ist ein politisches Kriterium und, anders als diejenigen, die ich aufgeführt habe, kein medizinisches. Diese Vermischung von medizinischen und politischen Kriterien in dieser bereits heiklen Angelegenheit erachtet die Mehrheit Ihrer Kommission als ethisch nicht vertretbar. Der entsprechende Antrag wurde in der Kommission mit 18 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Noch ein paar abschliessende Worte vor der Gesamtabstimmung: Ich bin überzeugt, dass wir jetzt mit dem bereinigten Gegenvorschlag eine ethisch vertretbare, praktikable Lösung haben, die auch dazu führen wird, dass die heute unbefriedigende Situation bei der Organspende verbessert wird und Fortschritte erzielt werden. Ich bin auch überzeugt, dass sie den Weg für einen Rückzug der Volksinitiative ebnet.

Ich möchte an dieser Stelle meinen herzlichen Dank an die Verwaltung und an das Kommissionssekretariat für die gute Arbeit und die Unterstützung in diesem Geschäft richten.

In der Gesamtabstimmung hat Ihre Kommission den Gegenvorschlag mit 17 zu 5 Stimmen angenommen. Noch einmal zur Erinnerung: Die Zustimmung zur Volksinitiative erfolgte mit 11 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Nantermod Philippe (RL, VS), pour la commission: Nous arrivons déjà et enfin à la fin des discussions concernant cette initiative populaire et le contre-projet qui l'accompagne. Puisque notre collègue Amaudruz a retiré un grand nombre de ses propositions de minorité, il ne reste finalement qu'un petit nombre de minorités dont il est encore question ici et sur lesquelles nous allons voter.

D'abord, à l'article 10a alinéas 6 et 7, il y a deux minorités qui portent mon nom et que je dois combattre, à mon corps défendant, bien entendu. Il s'agit, à l'article 10a alinéa 6, d'une minorité qui souhaite que lors de ses contacts avec l'administration ou avec les assurances sociales, l'assuré soit régulièrement invité à faire part de sa déclaration concernant sa propension à faire don de ses organes ou non pour compléter le registre. Cette proposition rejoint un peu celle de Mme Amaudruz à l'article 7, à cette exception notable qu'il n'y a pas l'objectif de rendre la déclaration obligatoire mais de l'encourager vivement pour que nous puissions avoir un registre le plus complet possible et ainsi faire appel le moins souvent possible à la présomption d'acceptation du don en la remplaçant par la connaissance de la volonté du décédé.

Pour la majorité, les difficultés mentionnées par rapport à la minorité Amaudruz se présentent de la même manière pour cette proposition-là. Elle engendrerait des coûts financiers importants puisque l'administration devrait proposer aux citoyens la possibilité de s'inscrire dans le registre régulièrement. La collaboration avec les cantons ne serait pas non plus évidente, les bases légales et constitutionnelles pour cette collaboration n'étant pas évidentes. Et le nouveau paradigme de la loi rend caduc ce genre de propositions qui, pour la



majorité, peuvent être rejetées. C'est ainsi, par 11 voix contre 8 et 5 abstentions, que la commission vous invite à rejeter cette proposition.

L'article 10a alinéa 7 complète la proposition précédente. La minorité veut inscrire la déclaration sur un support physique, comme c'est le cas par exemple de la carte d'identité ou de la carte d'assuré, pour des motifs pratiques et pour pouvoir plus facilement déterminer le choix de l'assuré.

Ici, la majorité estime que cette inscription est compliquée et pas indispensable. Par ailleurs, le changement d'avis implique le changement du support, ce qui poserait des problèmes techniques de mise en oeuvre importants.

Enfin, une partie de la commission a soulevé des problèmes de protection des données. Ainsi, par 11 voix contre 7 et 4 abstentions, la commission vous invite à rejeter cette proposition de minorité.

A l'article 18 alinéa 1 lettre d, une minorité se différencie des autres au niveau de ses objectifs. Il s'agit de la minorité Herzog Verena, qui propose que les organes soient octroyés en priorité aux personnes qui se déclarent elles-mêmes favorables au don d'organes. L'auteure de la proposition estime que cette disposition encouragera les personnes à devenir elles-mêmes donneuses d'organes. Il s'agirait d'un principe de réciprocité.

Pour la commission, cette proposition pose un certain nombre de questions fondamentales qui la poussent à la rejeter. D'une part, la proposition est contraire aux règles du droit international, qui prévoient que ce sont des critères médicaux qui doivent prévaloir en fin de compte pour fixer l'accès ou non au don d'organes et non d'autres critères d'opportunité. La proposition pose aussi un grand nombre de questions éthiques qui n'ont pas toutes été étudiées. D'un point de vue pratique, la proposition n'est pas simple à mettre en oeuvre, notamment en ce qui concerne les déclarations réalisées en vue d'un don d'organe, puis les révocations une fois l'organe transplanté. On pourrait imaginer voir apparaître de simples déclarations d'opportunité. Les personnes pourraient ainsi donner leur consentement sous une forme contrainte – la vie ou le don – et cela pose des problèmes tant juridiques qu'éthiques. La commission a ainsi refusé cette proposition par 18 voix contre 5 sans abstention.

Enfin, la commission vous invite, par 17 voix contre 5 et 0 abstention, à soutenir le contre-projet, qui pourrait, d'après les dires des initiants, constituer une base suffisante pour justifier le retrait de l'initiative populaire. Je rappelle par ailleurs que la commission – fait relativement rare – soutient aussi l'initiative populaire, par 11 voix contre 10 et 2 abstentions. Je vous invite à en faire autant.

AB 2021 N 872 / BO 2021 N 872

Art. 10a

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Die nationale Zuteilungsstelle nach Artikel 19 führt ein Register, in das jede Person ihren Widerspruch, ihre Zustimmung oder eine andere ...

Abs. 2–5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Abs. 1

Der Bund führt ein nationales Organ- und Gewebespenderegister, in das ...

Abs. 3

Als Personenidentifikator wird ein amtlicher Ausweis (Pass oder ID, Fahrausweis) oder die ... verwendet. Der Bundesrat kann auch andere Personenidentifikatoren zulassen.

Abs. 5 Bst. c

c. welche Äusserungen zur Spendebereitschaft im Register festgehalten werden können: namentlich den Widerspruch, die Zustimmung, die Äusserung, sich nicht festlegen zu wollen, und die Festlegung einer Vertrauensperson.

Antrag der Minderheit

(Nantermod, Maillard, Moret Isabelle, Porchet, Prelicz-Huber, Sauter, Silberschmidt, Weichelt-Picard)

Abs. 6

Der Bundesrat schafft in Absprache mit den betroffenen Behörden die Voraussetzungen dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger bei der Erledigung von administrativen Angelegenheiten wie beispielsweise bei der Erneue-



rung ihrer Identitätsausweise oder bei ihren Kontakten mit den Sozialversicherungen regelmässig aufgefordert werden, ihre Instruktionen im Sinne von Absatz 1 mitzuteilen.

Antrag der Minderheit

(Nantermod, Moret Isabelle, Sauter, Silberschmidt)

Abs. 7

Der Bundesrat kann vorsehen, dass der Widerspruch auf einem bestehenden physischen Träger wie der Identitätskarte oder der Versichertenkarte vermerkt wird.

Art. 10a

Proposition de la majorité

Al. 1

Le service national des attributions défini à l'article 19 tient un registre dans lequel chacun peut consigner son refus, son consentement ou toute autre déclaration relative à sa disposition à faire un don.

Al. 2–5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Al. 1

La Confédération tient un registre national des déclarations relatives au don d'organes et de tissus dans lequel ...

Al. 3

Une pièce de légitimation officielle (passeport, carte d'identité, permis de conduire) ou le numéro AVS visé à l'article 50c de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants sont utilisés comme numéros d'identification personnels. Le Conseil fédéral peut autoriser d'autres numéros d'identification personnels.

Al. 5 let. c

c. quelles déclarations relatives à la disposition à faire un don peuvent être consignées dans le registre, dont notamment le refus, l'accord, la déclaration de ne pas vouloir prendre de décision et le choix d'une personne de confiance.

Proposition de la minorité

(Nantermod, Maillard, Moret Isabelle, Porchet, Prelicz-Huber, Sauter, Silberschmidt, Weichelt-Picard)

Al. 6

En concertation avec les autorités concernées, le Conseil fédéral fixe les conditions pour que chaque citoyen soit régulièrement invité à faire part de ses instructions au sens de l'alinéa 1 lors de démarches administratives, par exemple lors du renouvellement de ses documents d'identité ou lors de contacts avec les assurances sociales.

Proposition de la minorité

(Nantermod, Moret Isabelle, Sauter, Silberschmidt)

Al. 7

Le Conseil fédéral peut prévoir d'inscrire les déclarations concernant le refus sur un support physique existant tel que la carte d'identité ou la carte d'assuré.

Abs. 1–5 – Al. 1–5

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Anträge der Minderheit Amaudruz zu Block 2 wurden zurückgezogen. Der Antrag der Minderheit Amaudruz zu Absatz 5 Buchstabe c wurde zudem bei Artikel 7a abgelehnt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



Abs. 6 – Al. 6

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22891)

Für den Antrag der Minderheit ... 92 Stimmen

Dagegen ... 95 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Abs. 7 – Al. 7

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22892)

Für den Antrag der Minderheit ... 31 Stimmen

Dagegen ... 155 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Art. 18 Abs. 1 Bst. d

Antrag der Minderheit

(Herzog Verena, Glarner, Humbel, Röstli, Schläpfer)

d. die festgehaltene Bereitschaft zur Organspende.

Art. 18 al. 1 let. d

Proposition de la minorité

(Herzog Verena, Glarner, Humbel, Röstli, Schläpfer)

d. la disposition au don d'organes, dûment consignée par écrit.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22893)

Für den Antrag der Minderheit ... 38 Stimmen

Dagegen ... 148 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Art. 54

Antrag der Kommission

Abs. 2 Einleitung

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2 Bst. a

Streichen

Abs. 2 Bst. b-e

Unverändert

Abs. 2bis

Der Bundesrat überträgt die Führung des Organ- und Gewebespenderegisters nach Artikel 10a an eine Organisation oder Person mit Sitz in der Schweiz, die über Erfahrung in der Führung eines solchen Registers verfügt.

AB 2021 N 873 / BO 2021 N 873

Art. 54

Proposition de la commission

Al. 2 introduction

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2 let. a

Biffer

Al. 2 let. b-e

Inchangé



Al. 2bis

Le Conseil fédéral confie la tenue du registre des déclarations relatives au don d'organes et de tissus visé à l'article 10a à une organisation ou à une personne sise en Suisse qui a de l'expérience en matière de gestion de ce type de registre.

Angenommen – Adopté

Art. 61

Antrag der Mehrheit

Abs. 2

...

a. ... den eigenen Widerspruch, die Zustimmung oder eine andere ...

...

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Abs. 2 Bst. b

b. ... ohne Widerspruch der betreffenden Person oder ...

Art. 61

Proposition de la majorité

Al. 2

...

a. ... son refus, son consentement ou toute autre ...

...

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

Al. 2 let. b

b. ... n'a été exprimée par la personne concernée ou ses proches.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Wir haben schon bei Artikel 8 Absatz 2 über den Antrag der Minderheit Amaudruz abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 69 Abs. 1 Bst. cbis, cter; Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 69 al. 1 let. cbis, cter; ch. II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté



Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 20.090/22895)
Für Annahme des Entwurfes ... 150 Stimmen
Dagegen ... 34 Stimmen
(4 Enthaltungen)

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Wir haben soeben dem indirekten Gegenvorschlag zugestimmt, jetzt kommen wir zurück auf den Bundesbeschluss zur Volksinitiative.

2. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Organspende fördern – Leben retten"

2. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour sauver des vies en favorisant le don d'organes"

Art. 2

Antrag der Mehrheit
... die Initiative anzunehmen.

Antrag der Minderheit

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Gysi Barbara, Herzog Verena, Hess Lorenz, Humbel, Roduit, Rösti, Schläpfer)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 2

Proposition de la majorité
... d'accepter l'initiative.

Proposition de la minorité

(Amaudruz, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Gysi Barbara, Herzog Verena, Hess Lorenz, Humbel, Roduit, Rösti, Schläpfer)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.090/22900)
Für den Antrag der Mehrheit ... 88 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 87 Stimmen
(14 Enthaltungen)

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt.